

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers und Thomas Stukenberg

Neuer 'Chief'-Minister in Andhra Pradesh

Nach dem überwältigenden Wahlerfolg seiner 'Telugu Desam Party' (TDP) bei den Parlamentswahlen im Dezember 1994 und seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten Andhra Pradeshs, schienen N.T. Rama Rao und seine Partei nahezu unangreifbar. Mit der Erlangung von 224 der insgesamt 294 Sitzen im Landesparlament hatte die 'Telugu Desam Party' mit ihrem Chef allen Grund zu triumphieren. Nun, knapp neun Monate später, sah er sich gezwungen, seinen Rücktritt zu erklären, nachdem mehr als 190 Abgeordnete seiner Partei ihm die Unterstützung entzogen und seinen Schwiegersohn Chandra Babu Naidu zum Parteivorsitzenden gewählt hatten. NTR, wie der ehemalige Schauspieler und Held von über 330 Telugu-Spielfilmen nicht nur von seinen Verehrern genannt wird, geriet zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik, nachdem sich seine zweite Ehefrau Lakshmi Parvati immer mehr in die Landespolitik des

südöstlichen Bundesstaates einzumischen begann. Die Eheschließung zwischen dem seit 1984 verwitweten NTR und Lakshmi Parvati im August 1993 hatte nicht nur in Andhra Pradesh für Aufsehen gesorgt und zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen NTR und seiner Familie geführt. Sein Schwiegersohn Chandra Naidu, Finanzminister und bis dahin ein enger Vertrauter N.T. Rama Raos, verlor zunehmend an Einfluß, während Lakshmi Parvatis Macht und politische Bedeutung wuchs. Vor allem sie war es, die für die Aufstellung der Kandidatenlisten der TDP bei den Panchayatwahlen verantwortlich war. Im Vorfeld der Landesparlamentswahlen spielte sie als Begleiterin NTRs, die mit ihren Versprechen, die 'Congress'-Partei zu 'vernichten', immer wieder aktiv in den Wahlkampf eingriff, eine wichtige Rolle. Parvathis Aufstieg an der Seite ihres Mannes wurde diesem schließlich zum Verhängnis. Ihr 'Fehler': Ehrgeiz. Die Männer in NTRs Familie, prominente Politiker der 'Telugu Desam Party' und eine

Vielzahl männlicher und weiblicher Prominenter sahen in ihr eine gefährliche Konkurrentin, die ihre Machtposition skrupellos ausbaute. Für ihre Gegner schien es nur eine Frage der Zeit, bis ihr Ehemann ihr hohe politische Ämter und Posten verlieh - es gab Gerüchte, Rao plane, seine Frau zur stellvertretenden Ministerpräsidentin zu ernennen.

Die traditionelle, männerdominierte Gesellschaft konnte ihr nicht verzeihen, daß sie ihren ersten Mann und nahezu erwachsenen Sohn verließ, um NTR zu heiraten. Dies gilt Parvathis Kritikern als der Gipfel unmoralischen Verhaltens. Am deutlichsten wurde diese chauvinistische Grundhaltung gegenüber NTRs Ehefrau von dem tamilischen Filmstar Rajnikanth ausgedrückt, der in einer emotionsreichen Rede erklärte, Lakshmi Parvathi sei das personifizierte Böse. Ende August schließlich holten Parvathis Opponenten, angeführt von Chandra Babu Naidu, zum entscheidenden Schlag gegen sie und NTR aus, wählten Naidu zum neuen

TDP-Vorsitzenden und strebten ein Mißtrauensvotum gegen ihren Ministerpräsidenten an. Doch bevor es dazu kam und es klar wurde, daß die Mehrheit der TDP-Abgeordneten gegen NTR stimmen würden, erklärte dieser seinen Rücktritt und einen Tag später legte Chandra Babu Naidu seinen Amtseid als neuer 'Chief'-Minister Andhra Pradeshs ab. Damit war die 1982 von Rama Rao gegründete 'Telugu Desam Party' zunächst einmal in zwei Lager gespalten, von denen das größere den neuen 'Chief'-Minister stützt.

Während Naidu am bisherigen Regierungsprogramm seines Schwiegervaters festhalten will und



Rama Rao mit dem "Stein des Anstoßes": Parvati, seine Frau (Foto: Sipra Das)

nur geringfügige politische Auswirkungen des Machtwechsels auf Landesebene zu erwarten sind, bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen auf nationaler Ebene der Rücktritt NTRs zur Folge haben wird. Als Vorsitzender des linken Parteienbündnisses 'Nationale Front' galt Rama Rao als ein wichtiger Faktor im bevorstehenden Wahlkampf zu den Parlamentswahlen im Frühling kommenden Jahres. Die 'National Front' (NF), deren wichtigstes Mitglied die 'Janata Dal Party' ist, baut ihre Strategie und Wahlkampfaktik auf die Einbeziehung wichtiger regionaler Parteien auf. Mit der Entmachtung NTRs durch seinen Schwiegersohn und der damit verbundenen Spaltung der TDP in NTR-Unterstützer und NTR-Gegner steht die NF vor dem Dilemma, möglicherweise zwischen den beiden TDP-Fraktionen wählen zu müssen. Entscheidet sie sich für das Lager NTRs, wählt sie die zur Zeit schwächere Seite mit einem Politiker an der Spitze, der zumindest für die nächsten Wochen damit beschäftigt sein wird, seine Niederlage zu verarbeiten. Eine Entscheidung für die Fraktion Naidus ist gleichermaßen riskant, da Naidu bisher keinerlei Interesse an der NF und ihrer Politik gezeigt hat. So gehören neben NTRs Schwiegersohn vor allem die 'Congress'-Partei und die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) zu den wohl bedeutendsten Gewinnern einer politischen Auseinandersetzung, die in ihren Anfängen zunächst nur auf der Ablehnung der zweiten Ehefrau eines Politikers durch dessen Kinder aus erster Ehe zu beruhen schien.

Knapp vier Wochen nach der Ablösung Raos durch Naidu offenbarten sich weitere Unstimmigkeiten in der Familie des ehemaligen Filmhelden - dieses Mal jedoch zu dessen Gunsten. Nach einer von Naidu vorgenommenen Kabinettsveränderung kam es zu Auseinandersetzungen zwischen ihm und D. Venkateswar Rao, einem weiteren Schwiegersohn NTRs. Dieser führt eine Gruppe von Abgeordneten an, die sich bei dieser jüngsten Regierungsumbildung übergangen fühlten. Venkateswar Rao und 16 weitere Abgeordnete, die vor vier Wochen noch gegen NTR gestimmt hatten, wechselten nun wieder in das Lager NTRs, der damit über die Unterstützung von knapp 50 Abgeordneten verfügt. Venkateswar Rao gab in Interviews an, über 100 Abgeordnete sympathisierten mit ihm und seien mit der

bisherigen Amtsführung Naidus unzufrieden. Sollten diese Angaben zutreffen, könnte Andhra Pradesh bald vor einem erneuten Regierungswechsel stehen und NTR ein politisches Comeback feiern.

Punjab: Ende einer Illusion

Mit der Explosion der Bombe, die am 31. August Beant Singh, den Chief-Minister Punjabs und 15 weitere Menschen tötete, wurden alle offiziellen Erklärungen, nach Jahren des Bürgerkrieges befinde sich der Punjab wieder auf dem Weg in die Normalität, auf brutale Weise als gefährliche Illusion entlarvt. In den unzähligen Kommentaren und Würdigungen, die nach der Ermordung Singhs in indischen Zeitungen und Magazinen erschienen, wird Singh die Anerkennung dafür ausgesprochen, in den zwei Jahren seiner Amtszeit den Terrorismus im Punjab erfolgreich bekämpft und Frieden geschaffen zu haben. Politiker aller Parteien - die oppositionellen 'Akali'-Parteien im Punjab eingeschlossen - beeilten sich nach dem Attentat zu betonen, daß der Anschlag kein Anzeichen für ein Wiederaufleben terroristischer Aktivitäten im Punjab sei. Der von separatistischen Elementen ausgehende Terrorismus im Punjab sei wirkungsvoll bekämpft und unter Kontrolle gebracht worden, so der punjabische Polizeichef K.P.S. Gill; eine nicht unrichtige Einschätzung der Regierungszeit Beant Singhs, wenn man unter Frieden und Normalität lediglich die Tatsache versteht, daß man in Amritsar und

anderen punjabischen Städten auch spät abends wieder gefahrlos ins Kino oder zu Parties gehen kann.

Kaum einer der vielen Kommentatoren weist jedoch darauf hin, um welchen Preis dieser Frieden von der punjabischen Bevölkerung erkauft wurde oder macht deutlich, daß der Punjab noch einen weiten Weg zurückzulegen hat, bevor die dortige Situation wieder als normal bezeichnet werden kann.

Kritiker weisen darauf hin, der Beant Singh und seinem Polizeichef Gill zugeschriebene Erfolg in der Terrorismusbekämpfung beruhte auf massiven und brutalen Einsätzen eines Polizeiapparates, der rigoros gegen jeden des Extremismus Verdächtigen vorgegangen sei. In der zweijährigen Amtszeit Singhs seien tausende von Menschen von der Polizei getötet worden, die in zunehmendem Maße außerhalb der Gesetze operierte ohne dabei fürchten zu müssen, dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.

Die 'Congress'-Regierungen in Chandigarh und Delhi - und mit ihnen eine breite Bevölkerungsmehrheit - glauben, die von Extremisten verübten Terrorakte und Menschenrechtsverletzungen erlaubten es der Polizei und anderen Sicherheitskräften, ihre eigenen Gesetze zu machen und der extremistischen Gewalt mit Staatsterror zu begegnen. Solange aber willkürliche Verhaftungen, Folterungen und die Ermordung von Verdächtigen durch Polizei- und Sicherheitskräfte zum Alltag im Punjab gehören, ist es blanke Zynismus seitens verantwortlicher Politiker und der



Premier Rao läßt sich bereits als Friedensbringer für den Punjab feiern (Foto: Theo Ebberts)



Ängste der Hindus: Zunahme der moslemischen Bevölkerung Indiens (Foto: Walter Keller)

Medien, die Situation im Punjab als normal und friedlich zu beschreiben.

Einige Beobachter der Entwicklungen im Punjab glauben denn auch, in dem Bombenattentat auf Beant Singh den Beginn einer neuen Phase terroristischer Aktivitäten zu erkennen. Die öffentlichen Reaktionen auf die Ermordung Singhs und deren - wenn auch widerwillige - Verurteilung durch die 'Akali'-Parteien lassen zwar vermuten, daß die Mehrheit der punjabischen Bevölkerung ein solches Wiederaufleben extremistischer Gewalttätigkeiten nicht unterstützen wird, andererseits glauben Polizei und Armee über Hinweise zu verfügen, wonach in den letzten Monaten mehr und mehr Sikhs aus dem Ausland zurückgekehrt seien, um den bewaffneten Kampf gegen den indischen Staat fortzuführen. Sie befürchten eine neue Dimension eines Terrorismus, der seine Basis nicht mehr in den ländlichen Regionen, sondern in den Städten hat. Konnten Extremisten vor der Amtsübernahme Singhs vor allem in ländlichen Regionen auf Unterstützung hoffen, werden die "neuen Terroristen", so die Sorge der Polizei, relativ unabhängige, von Auslandssikhs unterstützte Einzeltäter sein. Daß diese Befürchtungen nicht unbegründet sind, wurde durch mehrere Bombenanschläge Ende September verdeutlicht, für welche die 'Khalistan Liberation Force' (KLF) die

Verantwortung übernommen hat. In der letzten Septemberwoche explodierten kurz hintereinander zwei Bomben in der Nähe des 'Red Fort' in Old Delhi, wobei etwa 50 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Am gleichen Tag kam es zu einer Bombenexplosion im Bahnhof von Panipat in Haryana, bei der acht Personen verletzt wurden. In einer handschriftlichen Erklärung übernahm die KLF nicht nur die Verantwortung für diese Anschläge, sondern kündigte darüber hinaus weitere Aktionen in der indischen Hauptstadt an, wenn die Verfolgung und Unterdrückung "bestimmter Bevölkerungsgruppen" durch die Polizei nicht sofort eingestellt würden. Dies steht im Einklang mit der Ankündigung Wadhaw Singhs in einem in Pakistan veröffentlichten Zeitungsinterview, 1995 werde das Jahr der Wiedererweckung der Khalistan-Bewegung. Wadhaw Singh ist der Chef der 'Babbar Khalsa International', die sich zu dem Mordanschlag auf Beant Singh bekannt hat.

"Hindus bald in der Minderheit?"

Diese Befürchtung äußerte der Generalsekretär der 'Vishnu Hindu Parishad' (VHP), Ashok Singhal, Ende September während einer Pressekonferenz in Bombay. Unter Bezug auf jüngste Bevölkerungsstatistiken verwies Singhal auf

den, seiner Ansicht nach, "alarmierenden" Anstieg der Muslime an der indischen Gesamtbevölkerung. Habe dieser bei Erlangung der Unabhängigkeit nur 21 Prozent betragen, so seien heute schon 35 Prozent der Bevölkerung muslimisch. Er warnte außerdem vor dem wachsenden Einfluß christlicher Kirchen, die jährlich über 1.400 crores Rupien (knapp 610 Millionen DM) aus dem Ausland erhalten und in ihren Schulen versuchten, die Schüler zum Christentum zu bekehren. In den vergangenen 20 Jahren sei zum Beispiel die Zahl der Christen im Bundesstaat Arunachal Pradesh von 3.000 auf 80.000 gestiegen, so Singhal. "Muslime und Christen versuchen, innerhalb Indiens 'homelands' für sich zu schaffen, in denen Hindus nicht leben können. Konvertierungen müssen daher gestoppt werden," so die Hauptforderung des VHP-Chefs. Unterstützt wurde Singhal vom neuen Präsidenten der Bombay-VHP, der meinte, Konvertierungen sorgten für soziale Spannungen und Unruhen. Um der Bedrohung durch Christen und Muslime entgegenzuwirken, plant die VHP eine "Armee" von 10.000 Hindu-Missionaren aufzustellen, die Konvertierungen verhindern soll.

"Niemals zuvor in seiner Geschichte war Indien so muslimisch wie nach den letzten 48 Jahren unter der Herrschaft der 'Congress'-

Partei. Unsere Priester und heiligen Männer haben erkannt, daß die einzige Lösung für dieses Problem die Ablösung der gegenwärtigen Regierung in Delhi ist. Dadurch wird endlich der Weg frei für den Bau eines Tempels in Ayodhya", so Singhal.

Um die frohe hinduistische Botschaft der VHP zu verbreiten und die Integration der Nation zu fördern, plant die Hinduorganisation eine landesweite Yatra (Pilgerreise), die durch 350.000 Dörfer Indiens führen und mit Massenveranstaltungen in Ramtek und Nagpur enden soll.

RBI kritisiert wachsende Staatsverschuldung

Die indische Staatsbank ('Reserve Bank of India' -RBI) hat in ihrem Jahresbericht 1994/95 den starken Anstieg der Bruttokreditaufnahme des indischen Staates heftig kritisiert. Zwar sei es der Regierung gelungen, das Haushaltsdefizit im vergangenen Jahr um einen Prozentpunkt auf 6,2 Prozent des Bruttozialprodukts zu senken, doch sei die Bruttokreditaufnahme der Zentralregierung mit über 41.000 crores Rupien (knapp 19 Milliarden DM) gefährlich hoch. Um bevorstehende Zinsverpflichtungen und Kreditrückzahlungen nachkommen zu können, werde die Regierung noch gezwungen sein, weitere Kredite aufzunehmen.

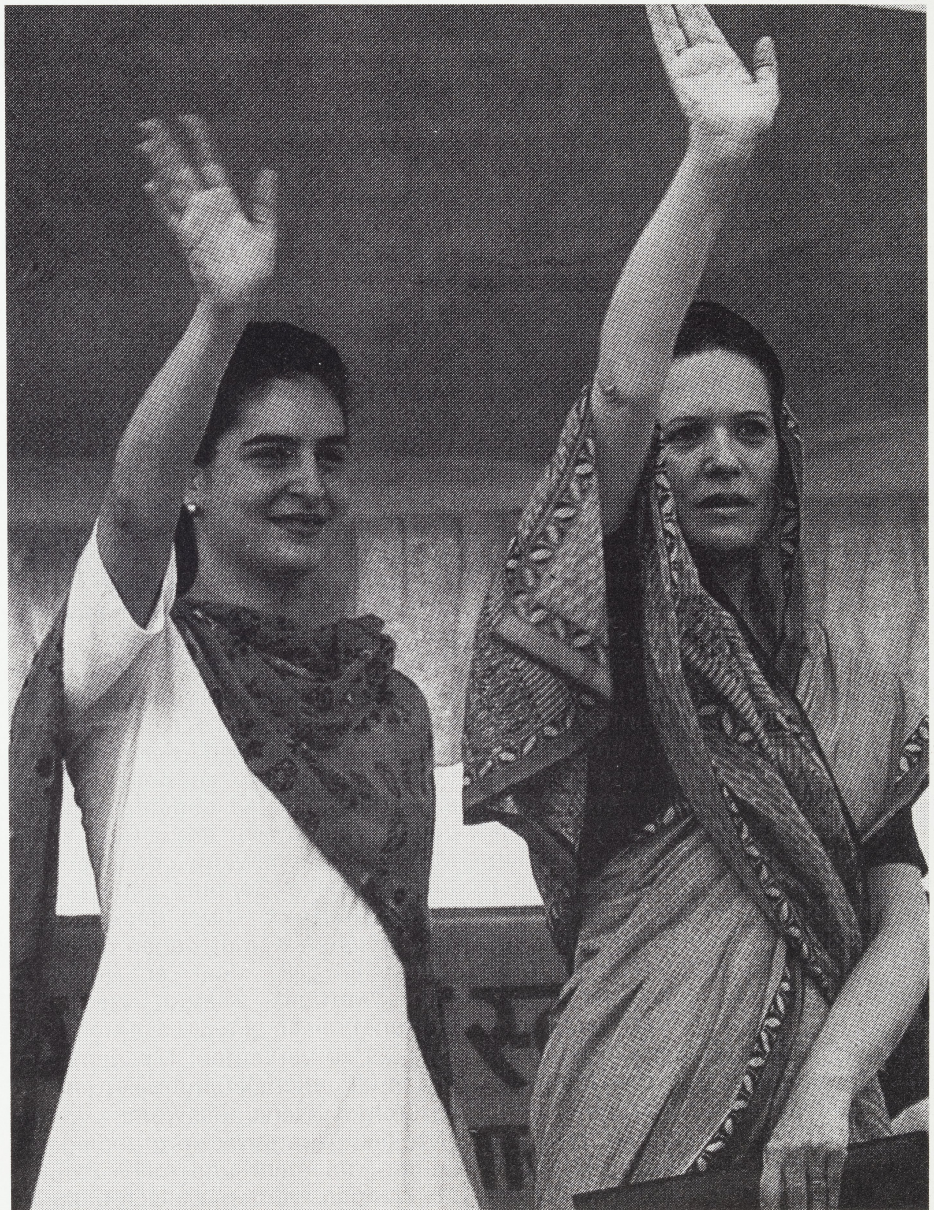
Die Devisenreserven sind zwischen März 1994 und März 1995 von etwa 19 Milliarden US-Dollar auf etwas über 25 Milliarden US-Dollar gestiegen, um bis Juni 1995 wieder auf 24 Milliarden US-Dollar zu fallen. Eine direkte Auswirkung der aktuellen Haushalts- und Wirtschaftsentwicklung Indiens ist nach mehreren Jahren der Stabilität ein starker Wertverlust der Rupie gegenüber dem Dollar im September, als der Wechselkurs zeitweise auf 35 Rupien pro US-Dollar sank. Finanzexperten befürchten ein weiteres Absinken der Rupie gegenüber dem Dollar auf bis zu 36 Rupien. Für weite Bereiche der Exportindustrie wird diese Entwicklung als äußerst positiv angesehen, da ihre Rupieneinnahmen deutlich steigen. Dies gilt vor allem für Exporteure von Textil- und landwirtschaftlichen Produkten, die kaum importabhängig sind und deshalb wegen des Werteverfalls der Rupie nicht mehr für Importe zahlen müssen. Insgesamt kann jedoch erwartet werden, daß sich der Wertverlust der Rupie negativ auf die Han-

delsbilanz Indiens auswirken wird, da Importe teurer werden. So wird ein Anstieg des Handelsbilanzdefizits im laufenden Finanzjahr auf über 6,4 Milliarden Dollar erwartet.

Sonia Gandhi - die Rückkehr der Dynastie?

Ein öffentlicher Auftritt Sonia Gandhis und ihrer Tochter Priyanka in Amethi haben Spekulationen über einen aktiven Einstieg der Witwe des ermordeten ehemaligen indischen Premierministers Rajiv Gandhi in die Politik neue Nahrung gegeben. Politiker aus allen Fraktionen der 'Congress'-Partei bemühten sich, sich in der Öffentlichkeit als gute Freunde Sonia Gandhis zu präsentieren. Bei der Spaltung der 'Congress'-Partei durch Arjun Singh zu Beginn dieses Jahres reklamierte jedes der beiden Lager, von Sonia

Gandhi unterstützt zu werden. Alle wichtigen Magazine und Zeitungen publizierten lange Artikel, ja selbst Titelgeschichten, über ihre politischen Ambitionen. Nur Sonia Gandhi selbst schwieg bisher und enthielt sich jeden öffentlichen Kommentars zur aktuellen Tagespolitik. Nach ihrem Besuch in Amethi, dem ehemaligen Wahlkreis Rajiv Gandhis, glauben politische Beobachter in Delhi jedoch, Sonia Gandhi oder ihre Tochter seien bereit, ihre politische Zurückhaltung aufzugeben und sich stärker politisch zu engagieren. Deutlich wurde bei dem Besuch der beiden in Amethi die große Anziehungskraft und politische Wirkung, die noch immer von der Nehru-Gandhi-Familie ausgeht. Zehntausende von Menschen säumten die Straßen entlang der Reiseroute der beiden Frauen, die sich zu mehr als 100 Stops ge-



Sonia Gandhi mit ihrer Tochter (Foto: Sharad Saxena)

zwungen sahen, um zu den begeisterten, jubelnden Menschen zu sprechen. Während dieser Fahrt deutete wenig darauf hin, daß Sonia Gandhi von ihrer bisherigen politischen Zurückhaltung abweichen würde. Eine ganze Reihe prominenter 'Congress'-Politiker, die sich offenbar im Glanz der Witwe sonnen wollten, wurden von ihr geradezu geschnitten. Zu diesen Politikern gehörten unter anderem der 'Chief' Minister Madhya Pradeshs, Digvijay Singh und der Präsident der 'Congress'-Partei Uttar Pradeshs, Jitendra Prasad. Aufmerksam beobachtet und registriert wurde, daß offenbar nur die Anwesenheit N.D. Tiwaris, des Führers der sogenannten 'Congress'-Rebellen, von Sonia Gandhi wahrgenommen wurde.

Wochen vor ihrem Besuch machten in Delhi und Amethi Gerüchte die Runde, Sonia werde diesen Besuch dazu nutzen, ihren Sohn Rahul offiziell in die Politik einzuführen und bekanntzugeben, er werde bei den nächsten Wahlen zur Lok Sabha für den Wahlkreis seines Vaters kandidieren. Die Gerüchte schienen sich zur Gewißheit zu verdichten, als Satish Sharma, der seit der Ermordung Rajiv Gandhis den Wahlkreis Amethi im Parlament vertritt, ankündigte, diesen Sitz zu räumen und für Rahul frei zu machen. Doch all diese Gerüchte um einen Eintritt Rahul Gandhis in die Politik schienen tatsächlich nichts als Gerüchte zu sein, als deutlich wurde, daß Priyanka und nicht Rahul Sonia nach Amethi begleiten würde.

Was dann für viele Beobachter zu einem überraschend deutlichen Zeichen für ihre politischen Ambitionen wurde, war die kurze Rede, die sie in Amethi hielt. In dieser griff sie die aktuelle Regierung und 'Congress'-Führung unter Narasimha Rao scharf an, indem sie dem Premier vorwarf, die Untersuchung und Aufklärung der Ermordung ihres Mannes zu verzögern. Sie wies darauf hin, daß die politischen Ideale Jawaharlal Nehrus, seiner Tochter Indira und Rajivs in der gegenwärtigen 'Congress'-Partei äußerst gefährdet seien und betonte, daß sie stolz sei, einer Familie anzugehören, die für das Wohl der Nation die größten Opfer gebracht habe. Deutlicher, so die Mehrheit der politischen Kommentatoren, konnte sie die Ambitionen ihrer Familie auf eine Rückkehr in die Politik nicht ausdrücken. Niemand in der 'Congress'-Partei ist bereit, diese

Äußerungen lediglich als die Kritik einer Witwe aufzufassen, die ihrem Ärger darüber Ausdruck verschafft, daß die Ermordung ihres Ehemannes noch immer nicht aufgeklärt ist.

Das Bemühen aller Fraktionen innerhalb der 'Congress'-Partei um die Zustimmung und Gunst Sonia Gandhis zeigt, wie gefürchtet und mächtig die Witwe Rajiv Gandhis ist. Es gilt als sicher, daß die 'Congress'-Partei nicht nur den Amethi-Wahlkreis für sich erobern wird, sondern auch die der benachbarten Wahlkreise Sultanpur und Rae Bareilly, sobald ein Mitglied der Nehru-Gandhi-Familie in die Politik eintritt. Bleibt nur die Frage, wer von den drei Hinterbliebenen Rajiv Gandhis wann diesen Schritt vollziehen und damit das politische Wirken der Nehru-Dynastie fortsetzen wird. Indem Sonia Gandhi diese Frage zunächst noch unbeantwortet läßt und weiterhin aus ihren politischen Absichten ein Geheimnis macht, werden sie und ihre Familie weiterhin im Zentrum intensiver politischer Spekulationen stehen.

Streit um multinationale Brathähnchen in Bangalore

Die Absichten der multinationalen Brathähnchenkette 'Kentucky Fried Chicken' (KFC) des 'Pepsi'-Konzerns, in Bangalore ein Restaurant zu eröffnen, haben dort zu heftigen Protesten und politischen Auseinandersetzungen geführt. Angeführt wird der Protest gegen KFC von prominenten Umweltschützern und Gegnern multinationaler Konzerne wie Maneka Gandhi und M.D. Nanjundaswamy. Unterstützt werden sie von einer Reihe bekannter Politiker, darunter die beiden ehemaligen indischen Premierminister V.P. Singh und Chandra Shekhar. Maneka Gandhis Hauptvorwurf gegen KFC ist, daß die dort verkauften Hähnchen aufgrund der Mast in Massentierhaltung zu hohe Anteile an Antibiotika und anderen schädlichen Substanzen enthalten. Prof. M.D. Nanjundaswamy, der die Proteste Maneka Gandhis aktiv unterstützt, führte vor zwei Jahren einen erfolgreichen Kampf gegen den US-Multi 'Cargill', dem er vorwarf, minderwertiges Saatgut zu überhöhten Preisen an die Farmer Karnatakas zu verkaufen. Mit dem Eintritt multinationaler Imbißketten, so befürchtet Nanjundaswamy, werde sich die Agrarstruktur grundlegend ändern, da mehr und mehr Farmer gezwungen werden, Fleisch anstelle von Getreide zu produzieren.

Den beiden Aktivisten gelang es, eine vorläufige Schließung des im Juni eröffneten Restaurants zu erwirken, da die von ihnen getesteten Hähnchen zu hohe Anteile gesundheitsschädlicher Substanzen enthielt. Nachdem der 'Pepsi'-Konzern mit einer einstweiligen Verfügung den Schließungsbescheid der Stadtverwaltung Bangalores rückgängig machen konnte, bleibt das Imbißrestaurant, wenn auch unter starkem Polizeischutz, vorläufig geöffnet (siehe auch andere Beiträge in dieser Ausgabe).

Neues Mitglied der UNPO

Nach dem 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN) wurde als zweite indische Gruppierung die in Manipur beheimatete 'United National Liberation Front' (UNLF) in die 'Organisation der nichtrepräsentierten Nationen' (UNPO) aufgenommen, in der nun 26 Mitglieder mehr als 50 Millionen Menschen repräsentieren. Während der dritten Vollversammlung dieser Organisation 1993 wurde der NSCN als neues Mitglied aufgenommen, als Isac Swu und T.N. Muivah ihr Anliegen eines freien, christlich-sozialistischen Nagalands präsentierten. Die in Indien als terroristisch und extremistisch gebrandmarkten Gruppierungen suchen die internationale Plattform, die ihnen die UNPO bietet, um auch außerhalb Indiens auf ihren Kampf gegen die "indische Kolonialmacht" aufmerksam zu machen. Im August wurde die 1964 von Abrambam Somorendro gegründete UNLF, die für die Einheit und Unabhängigkeit aller mongoloider Rassen kämpft, in die UNPO aufgenommen. Während der Vollversammlung der UNPO in Genf im August, erklärte der jetzige Führer der UNLF, Sanayaima, daß die indo-burmesische Region eine der wenigen Weltregionen ist, die immer noch nicht vom Joch des Kolonialismus befreit sei. Sanayaima bezieht sich damit explizit auf den gesamten Nordosten Indiens, dessen Völker alle über gemeinsame kulturelle und rassische Wurzeln verfügen. Diese Völker, so der UNLF-Führer, strebten nach einer gemeinsamen, freien und unabhängigen Zukunft, die ihnen von Indien verwehrt werde. Scharf verurteilte er den Anschluß Manipurs an Indien 1949, der auf einer fragwürdigen Beitrittsvereinbarung beruhe. Die indigenen Völker Manipurs, so Sanayaima, seien seitdem einer unermesslich schweren wirtschaftl-

chen und politischen Unterdrückung ausgesetzt. Er warf der indischen Regierung vor, mehr als 1.000 Jahre manipurischer Geschichte zu ignorieren und umzuschreiben, um die Besetzung Manipurs durch Indien zu rechtfertigen. Die UNLF gilt als der politische "think tank" hinter der Gründung der 'Indo-Burma Revolutionary Front', der auch eine Abspaltung des NSCN und die 'United Liberation Front of Assam' (ULFA) angehören - die gegenwärtig neben der 'Bodo Security Force' in Assam wohl aktivsten Extremistengruppen im Nordosten Indiens.

Tod in Haft: trauriger Rekord

Die 'Nationale Menschenrechtskommission' (NHRC) hat in einem jüngsten Bericht die hohe Zahl von Todesfällen in Haft angeklagt. Danach sind von April 1994 bis Juni 1995 insgesamt 75 Todesfälle inhaftierter registriert, davon 46 in der indischen Hauptstadt. Allein im Juni 1995 waren es zehn solcher Todesfälle, die in New Delhi bekannt wurden. Von den insgesamt 108 Todesfällen in Polizeigewahrsam, die von April bis Mai 1995 in ganz Indien gezählt wurden, entfielen 30 auf Westbengalen, weitere 14 auf Assam.

Änderung des indischen Patentrechts verhindert

Die indische Opposition gegen die internationale Patentierung von Saatgut und Arzneimitteln hat einen wichtigen - vorläufigen - Erfolg errungen: Nachdem die Regierung Rao am 22. März diesen Jahres ein Gesetz zur Änderung des 'Indian Patent Act' von 1970 im Parlament (Lok Sabha) mit einer knappen Mehrheit von nur sechs Stimmen durchbringen konnte, wurde die endgültige Verabschiedung der 'Patent (Amendment) Bill' durch den Widerstand der Oppositionsparteien in der Rajya Sabha verhindert. Die stärkste Opposition gegen die Gesetzesänderung kommt von Seiten der 'Bharatiya Janata Party' (BJP), der 'Janata Dal' (JD) sowie der 'Communist Party (M)'. Alle drei Oppositionsparteien befürchten - von jeweils unterschiedlichen ideologischen Standpunkten aus - den "Ausverkauf der indischen Interessen" an multinationale Konzerne, wenn die Gesetzesänderung wie von der Regierung Rao/Manmohan Singh geplant durchgeführt wird. Das neue Gesetz würde - so argumentieren

Oppositionspolitiker, insbesondere aus der 'Janata Dal' - den multinationalen Saatgut- und Pharmakonzernen nahezu unbeschränkten Marktzutritt und exklusive Vermarktungsrechte in Indien verschaffen und damit die heimischen Produzenten vom Markt verdrängen. Diese müßten auf Grund des neuen Rechts nun nämlich erhebliche Lizenzgebühren für patentierte Arzneimittel oder Saatgut an die Multis zahlen. Eine wesentliche Preissteigerung bei Basismedikamenten würde so auf indische Konsumenten zukommen.

Die Regierung befindet sich nun in einem Dilemma: Mit der Unterzeichnung des GATT/WTO-Vertrages Ende 1993 hatte sie sich nämlich zu der entsprechenden Änderung ihres Patentrechts verpflichtet (siehe 'Südasiens', 8/94). Ziel des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT und der Nachfolgeorganisation WTO (Welthandelsorganisation) ist es, durch internationale Patentierung ("Schutz geistigen Eigentums") Forschungsergebnisse erst handelbar zu machen und so den weltweiten Handel anzukurbeln. Auch das Europäische oder das US-Parlament haben aber einzelnen Bestandteilen des WTO-Vertrages bisher noch die Zustimmung verweigert.

'Janata Dal'-Parteichef Jaipal Reddy wehrt sich dagegen zusammen mit einer "landesweiten Kampagne" gegen die Patentierung traditionellen indischen Wissens. Die praktische Möglichkeit, patentieren zu lassen, steht nämlich aufgrund der erheblichen Kosten in Indien fast nur größeren Konzernen offen, kaum aber einem Bauern, der sein mit traditionellen Mitteln gezüchtetes Saatgut schützen will. Als kritisch wird insbesondere gewertet, daß durch Produktpatente, wie sie das neue Gesetz einführen will, auch jegliche Forschungsaktivitäten, die das gleiche Produkt, insbesondere Arzneimittel, auf einem anderen Weg - möglicherweise billiger - erzeugen wollen, unterbunden werden können. Der Versuch der Regierung, das neue Gesetz durchzudrücken, trägt ihr nun den Vorwurf undemokratischen Verhaltens ein.

Nichtregierungsorganisationen wie die 'National Working Group on Patent Laws' (NWGPL) oder die 'Gene Campaign' werten es als Erfolg ihrer jahrelangen Kampagnen- und Lobbyarbeit gegen GATT, daß das Gesetz einstweilen verhindert werden konnte. Es wäre nach Auffas-

sung der NWGPL ohnehin nicht mit der indischen Anti-Monopolgesetzgebung vereinbar gewesen. Ziel von Organisationen wie der 'Gene Campaign' oder der NWGPL ist die Stärkung traditionellen indischen Wissens, insbesondere auf den Gebieten Landwirtschaft und Arzneimittel.

Die Zukunft des Gesetzes ist ungewiß: Momentan ist es in Ausschüssen und Expertengremien verschwunden. Strategie der Regierung ist es offenbar weiterhin, bei der Opposition gegen das Gesetz und gegen Raos liberale Wirtschaftspolitik Verwirrung zu stiften und sie so zu spalten.

Der "freie Baum" muß frei bleiben

Ende September haben die Grünen Fraktion im Europäischen Parlament, die IFOAM ('International Federation of Organic Agriculture Movements') und die 'Foundation for Science, Technology and Natural Resource Policy', New Delhi (Vandana Shiva) Widerspruch beim Europäischen Patentamt in München gegen die Patentierung von Neem-Öl eingereicht. Parallel dazu haben insgesamt mehr als 230 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus über 40 Ländern beim US-amerikanischen Patentamt eine Petition gegen die dortige Erteilung des Neem-Patentes an W.R. Grace eingebracht. Nachdem es in den USA aber schon eine Reihe von Patenten auf Produkte des Neem Baumes gibt (siehe auch 'Südasiens', 1-2/94), hat das Europäische Patentamt erst im letzten Jahr dem US-Chemie- und Saatgut-Multi Grace durch die Erteilung des Patentes auf Öl des Neem-Baums ein Monopolrecht auf den "freien Baum" - so die Übersetzung des wissenschaftlichen Namens - eingeräumt. W.R. Grace hat das Patent auf das Öl des Neem-Baums als Mittel zur Bekämpfung von Pilzkrankheiten bei Pflanzen erhalten; genau genommen handelt es sich, so ein Grace-Vertreter, um ein Verfahren zur Verlängerung der Wirksamkeit des Neem-Wirkstoffes. Schon 1991 hatte der Konzern in den USA ein Patent auf gentechnologisch manipulierte Baumwolle erhalten - das später jedoch wieder entzogen wurde.

Der Einspruch beim Europäischen Patentamt gegen das Neem-Patent bestreitet nun, daß es sich bei dem patentierten Verfahren überhaupt um eine Erfindung handelt, denn die Methode, mit der das Öl gewonnen

THE TREE OF LIFE IS NOT FOR SALE



STOP BIOPIRACY

wird, sei längst Stand der Wissenschaft: "Die (von Grace angemeldete) Technologie ist seit den 60-er Jahren in Indien wissenschaftlich dokumentiert", sagt R.P. Singh, Wissenschaftler am Indischen Agrarforschungsinstitut. Anil Gupta vom 'Indian Institute of Management' in Ahmedabad ergänzt, daß es nicht möglich sei, auf ein Naturprodukt wie Neem-Öl ein Patent anzumelden. Nach Ansicht der Widerspruch einlegenden Parteien verstößt der Patentantrag darüberhinaus gegen die "guten Sitten" und damit gegen Artikel 53 der Europäischen Patent-Konvention, da die Produkte des Neem-Baumes nach der indischen Tradition seit alters her frei für jeden nutzbar sind. Die Erteilung des Patentes leistet dagegen einer Monopolisierung der Nutzung Vorschub. Der Patenteinspruch ist Bestandteil der Neem-Kampagne, die vor zwei Jahren von indischen Bäuerinnen und Bauern unter Führung von M.D. Nanjundaswamy, Chef des Bauernverbandes von Karnataka, begonnen wurde und inzwischen u.a. auch von der 'Pure Food Campaign' in den USA aufge-

griffen wurde. Nanjundaswamy neuer Hauptgegner Grace hat sich inzwischen durch die Eröffnung einer Grace-Niederlassung in Bangalore direkt vor dessen Haustür gesetzt.

Neuen Konfliktstoff birgt auch der Plan des in New Delhi ansässigen 'Dalmia Institute of Biotechnology' (DIB), in den USA ein Patent auf ein Neem-Pestizid anzumelden. DIB argumentiert, seine Entwicklung sei eine Verbesserung und Weiterentwicklung des von Grace entwickelten Verfahrens.

Krise in Gujarats BJP

Eine schwere Krise innerhalb der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) in Gujarat drohte Anfang Oktober die Landesregierung Gujarats zu Fall zu bringen. Nachdem eine Gruppe von Abgeordneten der BJP sich von der Regierungspartei abgespalten hatte, verfügte Ministerpräsident Patel nicht mehr über eine regierungsfähige Mehrheit im Landesparlament. Die Gruppe der Dissidenten wird angeführt von Shankar Singh Vaghela, der zuvor vom Parteipäsi-

dium der BJP in Delhi wegen parteischädigenden Verhaltens für sechs Jahre aus der Partei ausgeschlossen worden war. Er wurde von mindestens 54 Abgeordneten des Landesparlamentes in Gujarat untertützt, womit 'Chief'-Minister Patel nur noch 67 Abgeordnete im insgesamt 121 Sitze zählenden Parlament von Gujarat hinter sich gehabt hätte. Die Dissidenten werfen dem 66-jährigen Chief-Minister vor, bei den Wahlen zu den Genossenschaftsbanken nur seine eigenen Kandidaten benannt zu haben. Die Formierung einer Protestgruppe unter dem Namen 'Paksh Bachao Abhiyan Samiti' (Komitee zur Rettung der Partei) durch Vaghela und seine Anhänger, veranlaßte Patel mit Unterstützung der BJP-Führung in Delhi, Vaghela und zehn weitere Abgeordnete für sechs Jahre aus der Partei auszuschließen. Nach intensiven Vermittlungsbemühungen der Parteispitze in Delhi einigte man sich schließlich auf eine Kompromißformel, wonach zunächst der Parteiausschluß der Dissidenten rückgängig gemacht wurde. In einem anschließenden Mißtrauensvotum unterstützten auch sie Ministerpräsident Patel, der damit mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt wurde. Von Patel wird nun erwartet, daß er entsprechend der in Delhi vereinbarten Kompromißlösung von seinem Posten als Chief-Minister zurücktritt und den Weg für einen neuen Chiefminister freimacht, der von beiden Lagern der BJP in Gujarat akzeptiert wird. Eine solche 'Integrationsfigur' glaubt man nun in dem ehemaligen Finanz- und Industrieminister Gujarats, Suresh Mehta, gefunden zu haben, der Mitte Oktober als neuer Regierungschef vereidigt wurde.

"Presidents-Rule" in Uttar Pradesh

Nach dem Scheitern der knapp fünf Monate alten Regierungskoalition in Uttar Pradesh Mitte Oktober wurde der größte indische Bundesstaat unter die Verwaltung der Zentralregierung in Delhi gestellt. Gouverneur Motilal Vora sah zunächst davon ab, das Landesparlament aufzulösen, um den wichtigsten politischen Parteien des Landes jede Chance auf die Bildung einer neuen Regierung zu bieten. Er akzeptierte jedoch das Rücktrittsgesuch von Regierungschefin Mayawati, die nach dem Bruch mit der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) im Landesparlament über keine regierungsfähige

Mehrheit mehr verfügte. Nach dem Zusammenbruch der Regierungskoalition zwischen der 'Bahujan Samata Party' (BSP) und der 'Samajwadi Party' (SP), die seit Dezember 1993 in Uttar Pradesh die Regierung stellte, unterstützte die BJP die Minderheitsregierung der BSP, die nur 59 der insgesamt 425 Sitze im Landesparlament besitzt (siehe 'Südasiens', 6/95). Die hinduschauvinistische BJP hatte versucht, durch die Unterstützung der Regierung Mayawatis - der ersten Dalit-Chiefministerin Indiens - ihr Anti-Dalit Image zu revidieren und dadurch bei den für 1996 geplanten Parlamentswahlen Stimmen aus den Kreisen der Dalits zu gewinnen. Wie diese Wählergruppen auf diese aktuelle Kehrtwende der BJP reagieren werden, bleibt abzuwarten. Insgesamt dürften die Chancen der BJP bei den bevorstehenden Wahlen aufgrund der Probleme in Gujarat und der aktuellen Ereignisse in UP jedoch eher gesunken sein. Die BJP hatte sich bisher als Alternative zu den traditionellen Parteien angeboten, in der keine politischen Intrigen, Machtkämpfe und Korruption existiere. Dieses Bild einer 'sauberen' Partei ist nun angekratzt und wird auch kaum wieder aufzupolieren sein, da auch aus Maharashtra und Rajasthan Ende Oktober Gerüchte über parteiinterne Machtkämpfe bekannt wurden.

Advani im Amt bestätigt

Die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) hat Mitte Oktober L.K. Advani wieder zu ihrem Präsidenten gewählt. Advani, der damit zum vierten Mal diesen Posten übernimmt, steht nun vor der schwierigen Aufgabe, die Partei in die nächsten Wahlen zu führen. Nach den innerparteilichen Auseinandersetzungen in Gujarat, dem Bruch mit der BSP in Uttar Pradesh und neuen Streitigkeiten innerhalb der Partei in Madhya Pradesh, Rajasthan und Maharashtra, muß er sich jedoch zunächst darauf konzentrieren, diese Zwistigkeiten zu schlichten, bevor die Partei in den Wahlkampf gehen kann. In Maharashtra fordert eine Gruppe unzufriedener Abgeordneter die Absetzung des Generalsekretärs Pramod Mahajan, in Rajasthan fordern sie die Auflösung der Minderheitenkommission. Mahajan wurde von der Parteizentrale in Delhi mit der Betreuung der Partei in Maharashtra beauftragt, ohne dies vorher mit der dortigen Landespartei abzusprechen. Die Partei hofft nun auf die

Führungsqualitäten Advanis, unter dessen Vorsitz die Partei die Anzahl ihrer Abgeordneten in der 'Lok Sabha' von zwei (1984) auf 119 (1991) erhöhen konnte.

Kulis in Madhya Pradesh: Schuften wie die Sklaven

'Rejas' und 'Hamals', die Kulis und Tagelöhner in Madhya Pradesh, existieren offiziell überhaupt nicht. Die Arbeits- und Sozialgesetze dieses indischen Bundesstaates sind nicht für unorganisierte Arbeiter wie sie geschaffen und dementsprechend werden sie von ihren Arbeitgebern behandelt: als Rechtlose. Mehr als 200.000 dieser modernen Sklaven schufteten in den Fabriken und Basaren Madhya Pradesh für weniger als fünf Rupien Tageslohn (knapp 25 Pfennige). Die Lasten, die sie als Träger schleppen müssen, erreichen oftmals 100 Kilo, wofür sie im Durchschnitt 45 bis 50 Paise Lohn erhalten. Der gesetzlich festgeschriebene Mindestlohn beträgt dagegen über 40 Rupien pro Tag. Auf diese moderne Form der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft macht die 'Peoples Union for Civil Liberties' (PUCL) in einem kürzlich veröffentlichten Bericht aufmerksam. PUCL beschreibt in dem Bericht, wie Unternehmer und Fabrikbesitzer die gesetzlichen Normen umgehen. Für alle Betriebe, die mehr als 20 Personen beschäftigen, gilt das 'Gesetz zur Regulierung von Vertragsarbeit' ('Contract Labour Act') von 1970. Die Unternehmen nutzen ein ausgedehntes Netz von Vermittlern, die jeweils nicht mehr als 20 Personen beschäftigen, um dieses Gesetz zu umgehen. Ein Betrieb kann so zum Beispiel mit Hilfe von fünf oder sechs 'Arbeitsvermittlern' 100 Rejas oder Hamals beschäftigen, ohne die gesetzlichen Vorschriften beachten zu müssen. PUCL's Versuche, das Arbeitsministerium Madhya Pradesh zum Einschreiten zu bewegen, sind bisher gescheitert. Die Beamten lehnen jede Intervention ihrer Behörde ab, da in Bezug auf die Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse dieser Kulis keinerlei Gesetze verletzt würden. PUCL plant nun, mit Hilfe einflußreicher Juristen und bekannter Aktivisten, eine Gesetzesvorlage zu erarbeiten, die den Rejas und Hamals gesetzliche Anerkennung und damit größere Arbeitssicherheit und Mindestlöhne garantieren soll.

Die 'Chattisgarh Mukti Morcha' (CMM) hat sich unterdessen

entschlossen, sich als Gewerkschaft den Problemen der Revas und Hamals anzunehmen und ihnen zu helfen, sich zu organisieren.

Soziale Gleichberechtigung: Für Dalits nur ein Traum

Eine Vielzahl verfügbarer Daten verdeutlicht, daß für Millionen von 'Scheduled Castes' soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung noch immer nicht mehr als ein ferner Traum ist. Offizielle Daten über das Ausbildungswesen, Landverteilung und Beschäftigungsstrukturen zeigen, daß der Status der ehemaligen Unberührbaren, der Dalits, sich seit der indischen Unabhängigkeit kaum verbessert hat, obwohl eine Vielzahl von sozialen und wirtschaftlichen Programmen durchgeführt wurden und werden, die das Ziel haben, die sozio-ökonomische Diskriminierung der Kasten am unteren Ende der indischen Gesellschaftshierarchie zu verbessern. So belegt zum Beispiel das 'Ministry for Human Resource Development' (MHRD) in einer Studie über die Ausbildungssituation, daß in Uttar Pradesh noch immer mehr als ein Drittel (35,8 Prozent) der Scheduled Castes Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren nicht einmal die Grundschule besucht haben. Die Analphabetenrate der Scheduled Castes in Uttar Pradesh (UP) beträgt nach Volkszählungsdaten von 1991 mehr als 73 Prozent (für die Gesamtbevölkerung UPs sind es knapp 59 Prozent, der indische Durchschnitt liegt bei etwas über 62 Prozent). Hinsichtlich der Landbesitzverhältnisse ist die Situation der Dalits in UP ähnlich schlecht. Nur knapp 42 Prozent von ihnen verfügen über ein kleines Stück Land, davon fallen über 80 Prozent in die Kategorie 'marginaler Landbesitz'. Etwa 40 Prozent der Dalits in UP sind landlose Landarbeiter und die restlichen 18 Prozent sind als Arbeiter und Tagelöhner in Industriebetrieben beschäftigt. 95 Prozent aller Dalits in UP haben weniger Land, als sie zu ihrem Lebensunterhalt benötigen.

Indisches Unternehmen importiert deutschen Giftmüll

Nach Angaben der Umweltorganisation 'Greenpeace' bezieht das nahe Bhopal ansässige Unternehmen 'Bharat Zinc' seit 1995 Giftmüll - insbesondere toxische Zinksäure - von der Duisburger Wilhelm Grillo Handelsgesellschaft mbH und einem weiteren Unternehmen aus

den Niederlanden. Nach den Untersuchungen fallen als Folge der Legalisierung von Giftmüll-Importen jährlich 450 Tonnen Blei sowie hohe Mengen an Dioxin auf dem Gelände des indischen Unternehmens an.

Die indische Umweltaufsichtsbehörde 'Central Pollution Control Board' (CPCB) hat inzwischen alle indischen Unternehmen, die mit toxischen Stoffen handeln, aufgefordert, bis zum 30. September 95 Angaben über Wasser- und Luftbelastungen sowie Anfall von Giftmüll zu machen. Die Unternehmen erhalten dabei gegebenenfalls die Möglichkeit, bestimmte Angaben zu verschlüsseln, falls die Offenlegung ihren Geschäftsgeheimnissen zuwiderliefe. Das vom CPCB eingeleitete "Öko-Audit" dürfte für manche indischen Unternehmen lästig sein, bietet ihnen aber gleichzeitig die Chance, ihre Umweltdaten auf den neuesten Stand zu bringen und somit die ohnehin fällige Modernisierung der Betriebe zu vereinfachen.

Möglicherweise wird es demnächst nicht mehr so leicht möglich sein, deutschen Giftmüll nach Indien zu exportieren. Sollte es der Basler Konvention gegen Giftmüll-Exporte, die vom 18. bis 23. September tagte, gelingen, ihren Zielen gemäß ab Ende 1997 ein Verbot für Giftmüll-Exporte in Nicht-OECD-Staaten durchzusetzen, müssen westliche Unternehmen ihren Dreck selbst entsorgen.

Es gibt allerdings Anzeichen, daß sich die indische Regierung diese lukrative Einnahmequelle nicht entgehen lassen wird und zusammen mit den USA und Australien gegen den Giftmüll-Exportstop stimmen wird.

"Kommerzielle Vergewaltigungen"

Kinobesucher kennen spätestens aus dem erfolgreichen Film "Salaam Bombay" den zweifelhaften Ruf der Metropole an der indischen Westküste als Metropole des südasiatischen Handels mit Prostituierten. Die Menschenrechtsorganisation 'Human Rights Watch Asia' (HRWA) hat jetzt eine Studie unter dem Titel "Rape for Profit: Trafficking of Nepali Girls and Women to Indian Brothels" veröffentlicht, der zufolge jedes Jahr mehrere Tausend nepalesische Mädchen an indische Bordelle verkauft werden. Nepalesische Mädchen stehen bei indischen Freiern aufgrund ihrer relativ hellen Haut in hohem Kurs. Für die

Zwangsprostituierten zahlt sich dieser hohe Marktwert allerdings nicht aus, im Gegenteil: Wie der Studie zu entnehmen ist, werden die jungen Mädchen - oft fünfzehnjährig oder jünger - jahrelang unter sklavennähnlichen Bedingungen in den Bordellen gehalten, obwohl bei der Häufigkeit der Freierbesuche und den in Großstädten wie Bombay üblichen Kursen der "Kaufpreis" in kürzester Zeit "abgearbeitet" wäre. Als ein Grund für die hohe Anzahl gerade nepalesischer Prostituiertener in indischen Großstädten wird die große Armut unter der nepalesischen Landbevölkerung genannt. Nach Angaben der Weltbank leben siebzig Prozent der Nepalis unter der Armutsgrenze. Die relativ offene indisch-nepalesische Grenze erleichtert den Frauenhandel, zumal dann, wenn korrupte indische und nepalesische Polizei-, Grenz- und Regierungsbeamte an dem profitablen Geschäft mitverdienen. Mädchen und Frauen, denen es gelingt, aus den Bordells zu fliehen, werden nur zu oft von der Polizei gegen eine "angemessene" Beteiligung wieder zu ihren Zuhältern zurückgebracht. Die hohe Nachfrage gerade nach Jungfrauen ist nicht zuletzt ein Spiegel der hohen Ansteckungsgefahr, in der sich die jungen Frauen befinden. Nach Angaben des HRWA-Berichtes sind von Bombays 100.000 Prostituierten schon mehr als die Hälfte HIV-infiziert. Kondome sind im indischen "horizontalen Gewerbe" nicht üblich - es sei denn, der Freier bringt selber welche mit. Sollte eine Prostituierte schwanger werden, so wird sie in eine Abtreibungsklinik gebracht. Die Kosten für den Eingriff werden ihrer "Schuld", d.h. dem Preis, den das Bordell dem Frauenhändler gezahlt hat, zugeschlagen.

Die 'Südasiatische Staatengemeinschaft' (SAARC) hat kürzlich die "Dekade der Mädchen" ausgerufen. Ob diese Erklärung den indischen Zwangsprostituierten nützt, ist allerdings fraglich, denn konkrete Schritte zu ihrer Befreiung oder auch nur, um das Dickicht des südasiatischen Frauenhandels zu lichten, sind bisher nicht erfolgt. Erste Erfolge auf dem Weg zur Befreiung indischer Prostituiertener sind dagegen im Raisen Distrikt im Unionsstaat Madhya Pradesh zu erkennen: Bildung ist die "Zauberformel" für einige Frauen, die sich mit Unterstützung eines niederländischen Entwicklungsprojektes unter dem 'Mahila Samakhya Programme' für Alphabetisierungskurse entschieden

haben. Das Programm, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Prostituierten zu einem selbstbestimmten ausbeutungsfreien Leben zu verhelfen, ist auch schon mit einigem Erfolg in Karnataka, Uttar Pradesh, Gujarat und Andhra Pradesh gestartet worden. Für die Mitarbeiterinnen des 'Mahila Samakhya Programme' sind es die Früchte langer geduldiger Überzeugungsarbeit, wenn schließlich nach langem ängstlichen Mißtrauen die ersten Prostituierten sich zur Mitarbeit in dem Programm entscheiden. Als in Raisen die erste Betroffene sich zur Kooperation entschied und sich öffentlich gegen die Prostitution und für Bildungsprogramme aussprach, war der Bann gebrochen und immer mehr Prostituierte fanden den Mut, sich an den Bildungs- und Wohlfahrtsprogrammen wie Kindergärten zu beteiligen. Die Situation der Prostituierten in Raisen unterscheidet sich allerdings insofern wesentlich von der ihrer Bombayer Kolleginnen, als sie oft auf eigene Rechnung arbeiten und - so die indische Wochenzeitung 'India Today' - an einem Tag das gleiche verdienen, was sie als Sozialarbeiterinnen oder Erzieherinnen in einem Monat bekommen würden. Einigen Frauen in Raisen dürfte der Berufswechsel dadurch erleichtert worden sein, daß der District Collector (oberster Beamter in einem Distrikt) ihnen öffentlich für den Fall der Abkehr von der Prostitution neue Arbeitsplätze versprochen hatte. Inwieweit er dieses Versprechen einhalten konnte, ist nicht bekannt. Immerhin haben die Betroffenen inzwischen eine Genossenschaft gegründet, die auch schon offiziell anerkannt ist.

Deutsche Entwicklungshilfe

Indien liegt weiterhin an der Spitze der Empfänger deutscher Entwicklungshilfe. Während der letzten vier Jahre erhielt Indien durchschnittlich 370 Millionen DM pro Jahr. 1994 betrug die finanzielle Hilfe aus Deutschland 350 Millionen, während das Volumen der technischen Hilfe knapp 40 Millionen erreichte. Für 1995 sind insgesamt 340 Millionen für Indien vorgesehen, wovon 40 Millionen auf die technische Zusammenarbeit entfallen.

Indische Investoren in Deutschland

Indische Investoren haben in Stuttgart den Kaufvertrag für die 'Lauffenmühle GmbH' unterzeich-

net. "Dies ist das erste Mal, daß sich in dieser Größenordnung ein Unternehmen aus einem Entwicklungsland in einem Industrieland engagiert", sagte Konkursverwalter Grub. Das Engagement der Inder

rette 772 von Ende 1993 noch knapp 2.000 Arbeitsplätzen bei dem Hersteller von technischem Gewebe, Gewebe für Berufs- und Schutzbekleidung, von elastischem Cord und Garnen. Die Investoren,

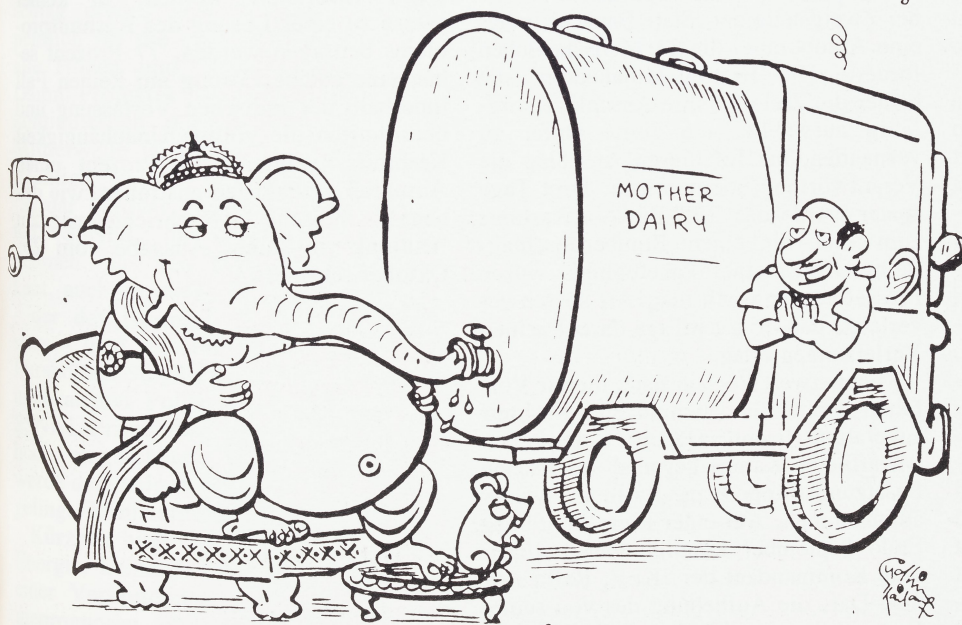
darunter der Industriekonzern 'Mafatjal Bombay', peilen für das kommende Jahr einen Umsatz von 180 Millionen DM an. Sie bringen rund 35 Millionen DM Eigenmittel mit.

Der wundersame Durst der Götter

Die ersten Neuigkeiten von dem 'Wunder' erreichten mich am späten Vormittag in einem Sammeltaxis auf dem Weg vom Police Basar nach Laithumkra in Shillong. Meine mangelhaften Hindi- und Bengalikenntnisse ließen mich nur Gesprächsfetzen der Unterhaltung meiner Mitreisenden verstehen. "Ganesh", "Überall in Indien", "Milch trinken", war alles, was ich dem aufgeregten Gespräch entnehmen konnte. Zu Hause dann mehr Informationen: "In den Tempeln trinken die Ganeshfiguren Milch!" Nachbarschaftsrausch? Wer kann schon ernsthaft glauben, daß steinerne Figuren des Gottes mit dem Elefantenkopf Durst auf Milch haben!? Am späten Nachmittag der erstaunliche Anruf einer befreundeten Soziologielehrerin. Sie habe, so der verwunderliche Grund für den Anruf, einer Marmorfigur Ganeshs mit einem Eßlöffel Milch angeboten und Ganesh habe diese bis zum letzten Tropfen ausgetrunken. Am späten Abend entschließen wir uns endlich, mit Freunden und Nachbarn der Sache auf den Grund zu gehen: Mit sieben Personen quetschen wir uns in einen Maruti, um zu einem Ganeshtempel zu fahren. Vor dem Tempel befindet sich eine aufgeregte Menschenmenge, die gespannt darauf wartet, das Unmögliche nicht nur mit eigenen Augen zu sehen, sondern selbst die mitgebrachte Milch dem Gott anzubieten. Barfuß drängen wir uns an einer langen Menschenschlange bis zu den Götterfiguren vor. Hier werden wir dann schließlich Zeuge eines schier unglaublichen Vor-

gangs: Ein aus weißem Marmor gefertigter Ganesh trinkt die Milch, die ihm von Gläubigen wie Skeptikern löffelweise angeboten wird, bis auf den letzten Tropfen aus. Innerhalb weniger Sekunden verschwindet die Milch von den Löffeln, die dem Gott mit dem Elefantenkopf unter den Rüssel gehalten wurden. Der Boden um die etwa 35 cm hohe Steinfigur ist trocken, von der Milch, die sich noch Augenblicke zuvor auf einem Löffel befand, fehlt jede Spur. Werde ich Zeuge eines Wunders? Begriffe wie Oberflächenspannung und andere vage Erinnerungen an meinen Physikunterricht tauchen aus den verborgenen Tiefen meines Gehirns auf um gleich darauf der Frage Platz zu machen, wie eine Steinfigur Flüssigkeit in einer Menge aufnehmen kann, die bei weitem ihr eigenes Volumen überschreitet? In den 30 Minuten, die wir in dem Tempel verbringen, 'trinkt' Ganesh löffelweise mindestens zwei Tassen Milch. Doch noch immer überwiegt die Skepsis. Auch die BBC-Nachrichten, die wir nach unserer Rückkehr einschalten, tragen kaum zu einer Erklärung des Phänomens bei, das an diesem Tag nicht nur überall in Indien, sondern auch in Nepal, Großbritannien und den USA zu beobachten ist. Eine Verschwörung hindu-chauvinistischer Kräfte, um ihre Chancen bei den nächsten Parlamentswahlen zu erhöhen? Der gefürchtete tantrische Sadhu Chandraswami, Freund und spiritueller Berater Raos, gegen den zur Zeit ein Ermittlungsverfahren läuft, reklamiert, für das Wunder verantwortlich zu sein. In Delhi beweist ein einfacher Schuhmacher, daß Gott sich in allen Gegenständen offenbart: auch sein eiserner Dreifuß, auf dem er sonst Schuhe repariert, akzeptiert und trinkt die angebotene Milch. Die 'indische rationalistische Gesellschaft' erklärt das 'Wunder' mit einer Massenhysterie und Selbsthypnose der Hindugläubigen. Im überwiegend christlichen Shillong im Nordosten Indiens können überzeugte Christen die Wundertätigkeit der hinduistischen Götter nicht länger mit ansehen und bieten Marienstatuen und selbst dem Gekreuzigten Milch an, die von beiden bereitwillig 'getrunken' wird! Bis eine plausible Erläuterung für den plötzlichen Durst der Götter gefunden wird, muß ich mich wohl damit zufrieden geben, Zeuge eines Wunders geworden zu sein - oder bin ich nur eines von Tausenden von Opfern eines geschickt eingefädelten Tricks geworden, der auf physikalischen Gesetzen beruht?

THIS IS THE LAST TANKER, PRABHU
... BUT WE'VE GOT SOME ICECREAM!



(aus: 'Sunday', Calcutta)

(Theo Ebberts)